

Künftig kommt die Warnung aufs Handy

SCHWEIZ Fehlalarme und geänderte Lebensbedingungen setzen den Sirenen zu. Jetzt wird das Alarmierungssystem erneuert. Der Quantensprung soll in ein paar Jahren folgen.

EVA NOVAK
eva.novak@luzernerzeitung.ch

Nächtliches Sirenengeheul reisst die Menschen in der Stadt St. Gallen mehrmals aus dem Schlaf. Ebenso in Bern-Belp und an diversen Orten der Westschweiz. In Einsiedeln glauben Einwohner, sich vor den Fluten des Sihlsees in Sicherheit bringen zu müssen, weil der Staudamm zu bersten drohe: All diese Warnungen erfolgten in diesem Jahr. Und allen ist gemein, dass die angeblichen Gefahren keine waren. Es war immer Fehlalarm.

Fehlalarme sind nicht nur ärgerlich. Sie verwirren und verängstigen auch die Bevölkerung. Das liegt nicht zuletzt daran, dass man, wenn man vorschriftsgemäss das Radio einschaltet, nicht sofort erfährt, was Sache ist. Die logische Folge davon: Mit jedem Fehlalarm sinkt die Glaubwürdigkeit des Sirenenalarms.

Gebäude sind zu gut isoliert

Heuer sind die Fehlalarme gehäuft aufgetreten, weil das Alarmierungssystem erneuert wurde. «Wir gehen davon aus, dass der Grossteil mit der Umstellung auf Polyalert zusammenhängt», erklärt Kurt Mürger, Sprecher des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (Babs). Vor ein paar Wochen hat sich die Waadt als letzter Kanton dem funkbasierten System für die Fernsteuerung von Sirenen angeschlossen. Gleichzeitig wurden zahlreiche alte Sirenen ausgemustert und ersetzt.

Alle Probleme der Bevölkerungsschützer sind damit aber nicht gelöst. Das liegt an den geänderten Lebensgewohnheiten der zu schützenden Bevölkerung.

«Mit den Sirenen erreichen wir heute nicht mehr alle Leute», bestätigt Babs-Direktor Benno Bühlmann. Nur noch etwa die Hälfte der Bevölkerung nehme das Signal akustisch wahr und wisse auch, was bei Sirenenalarm zu tun sei. Der Urner führt das unter anderem auf

«Mit den Sirenen erreichen wir heute nicht mehr alle Leute.»

BENNO BÜHLMANN,
BUNDESAMT FÜR
BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

den verbesserten Schallschutz in Gebäuden, aber auch auf die steigende Zahl von gehörlosen und hörbehinderten Personen sowie von Touristen zurück. Gerade in den grösseren Städten und Agglomerationen wissen immer weniger Leute, wozu ein Sirenenalarm überhaupt

gut ist. Auf dem Land hingegen sei dessen Bedeutung noch stärker verankert.

Moderne Warnmittel als Ergänzung

Um das zu korrigieren, sollen in Zukunft zeitgemässe Warnmittel das bisherige System ergänzen. Der Sirenenalarm soll weiterhin als «erster Weckruf» dienen, wenn Naturkatastrophen wie Hochwasser oder ein Dammbruch oder gar ein terroristischer Anschlag droht. Zusätzlich setzt das Babs auf mobile Kommunikationskanäle und Online-Portale. Diese Methode hat den Vorteil, dass die zuständige Kantonspolizei, die in den meisten Fällen den Alarm auslöst, gleichzeitig auch Verhaltensanweisungen durchgeben kann. Das Radio einzuschalten, wird dann nicht mehr nötig sein.

Ein erster Schritt ist für 2017 geplant. Von da an soll die Alarmierung als Push-Nachricht über die bestehende Alertswiss-App erfolgen, welche das Babs vergangenen Februar lanciert hatte. Davon können allerdings nur jene Nutzer profitieren, welche die App bereits auf

ihr Handy oder Tablet heruntergeladen haben. Und das ist nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung.

Das Fernziel ist denn auch ein anderes: Der Push-Alarm soll auf sämtlichen Mobiltelefonen erfolgen, deren Träger sich in der betroffenen Region aufhalten – unabhängig davon, ob sie eine App heruntergeladen haben oder nicht. Auf ihrem Handy sollen sie erfahren, welche Gefahr besteht und wie sie sich zu verhalten haben. Technisch sei dies möglich, versichert Bühlmann. Und bezüglich Datenschutz unbedenklich, da eine Einwegkommunikation geplant sei. Das heisst, den Behörden werden keine Daten über Handynutzer gemeldet, die sich im betreffenden Gebiet aufhalten.

Projekt startet nächstes Jahr

Wann das Ziel erreicht wird, kann der Babs-Chef noch nicht sagen – das entsprechende Projekt startet nächstes Jahr. Sicher ist nur: Wenn es dereinst umgesetzt ist, wird sich die Bevölkerung nicht mehr durch Fehlalarme verunsichern lassen.

Alle wollen Alain Berset sehen

LUZERN bu. Alain Berset kommt nach Luzern. Am 9. Mai spricht der Gesundheitsminister an einem Anlass des Luzerner Forums für Sozialversicherungen und soziale Sicherheit über die Altersvorsorge 2020. Eingeladen ist ein Fachpublikum. Die Einladung war keine zwei Tage

HERAUSGEPICKT

alt, als das Forum vor einem ungewohnten Problem stand: Die Veranstaltung ist restlos ausgebucht. Und da man bereits in den grösseren Saal der Uni Luzern gewechselt hatte, sehen sich die Organisatoren gezwungen, eine Warteliste zu führen. So etwas habe er nun doch auch noch nie erlebt, sagt Forums-Geschäftsführer Hannes Blatter. «Ich bin überwältigt.» Bleibt zu hoffen, dass es die Fachleute auch von Berts Ausführungen sind.

Grünen-Präsidentin attackiert Doris Leuthard



Bundesrätin Doris Leuthard wird in der Debatte um eine zweite Gotthardröhre von links scharf attackiert.

Keystone/Peter Klauener

UNO renoviert Sitz in Genf

PALAIS DES NATIONS sda. Das Palais des Nations in Genf kann renoviert werden. Die UNO-Generalversammlung in New York stimmte diese Woche dem Projektrahmen und Kostendach für die Renovation zu und hiess für 2016 eine erste Finanztranche von 33 Millionen Franken gut. Die eigentlichen Bauarbeiten sollen 2017 beginnen. Die voraussichtliche Baudauer beträgt acht Jahre. Insgesamt beläuft sich der Kostenrahmen auf 836,5 Millionen Franken.

Zinsloses Darlehen des Bundesrats

Die UNO-Generalversammlung verabschiedete das UNO-Budget für 2016–2017 in Höhe von 5,4 Milliarden US-Dollar. Es beinhaltet eine erste Tranche von 33 Millionen Franken für die Totalsanierung des UNO-Sitzes in Genf. «Wir sind sehr zufrieden», sagte Matthias Dettling von der Schweizer UNO-Mission in New York gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Die Renovation sei nicht umstritten, die UNO-Mitgliedstaaten stünden hinter dem Projekt, sagte Dettling weiter.

Für die Renovation hat der Bundesrat im letzten September ein zinsloses Sitzstaatsdarlehen in Höhe von 400 Millionen Franken genehmigt. Die Generalversammlung beauftragte UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon nun, bei der Schweiz formell einen Antrag für dieses zinslose Darlehen zu stellen. Der Entscheid für das zinslose Darlehen stehe im Einklang mit der UNO- und Sitzstaatspolitik der Schweiz, hatte der Bundesrat erklärt.

BERN Die Verkehrsministerin und ihre Beamten operierten vor der Gotthard-Abstimmung mit falschen Fakten, kritisiert Regula Rytz. Sie wirft ihnen «Bschiss» vor.

«Sie erzählen «Chabis», Frau Nationalrätin»: Mit unüblich scharfen Worten geisselte Doris Leuthard vergangene Woche an einem Gotthard-Podium in Zug Regula Rytz. Die Grünen-Präsidentin hatte sich den Zorn der Verkehrsministerin zugezogen, weil sie darauf hinwies, das Geld für den Bau der zweiten Röhre würde für Agglomerationsprojekte fehlen, etwa für Busspuren in der Region Zug. Nun schlägt Rytz zurück: Sie habe nichts Falsches erzählt. Vielmehr habe Leuthard die Contenance verloren – wahrscheinlich weil die Fakten zur zweiten Gotthardröhre ständig änderten.

Widersprüchliche Informationen?

Die Konkurrenz der Mittel sei sehr wohl eine Tatsache, erläuterte Rytz im Gespräch mit der «Zentralschweiz am Sonntag». Denn sowohl der Topf, aus dem der Tunnelbau finanziert werden soll, als auch jener für Agglomerationsprojekte würde aus ein und derselben Quelle gespiesen: der Spezialfinanzierung Strassenverkehr, in welche Mittel aus der Mineralölsteuer, der Mineralölsteuer-Zulage und der Autobahnvignette fliessen. In der Botschaft des Bundesrats

an das Parlament von 2013 stehe deshalb korrekterweise, die Mittelkonkurrenz werde «nicht vollständig beseitigt». Sie werde mit dem geplanten Nationalstrassenfonds sogar weiter verschärft.

Das sei beileibe kein Einzelfall, betont Rytz. Sie wirft Leuthards Beamten im Bundesamt für Strassen (Astra) vor, eine ganze Reihe von widersprüchlichen Informationen im Zusammenhang mit dem Tunnelprojekt zu verbreiten. Und liefert dazu Beispiele:

• **Als ersten «Bschiss»** bezeichnet die grüne Berner Nationalrätin die falsche Darstellung des Zeitpunkts, in dem eine Sanierung unumgänglich sei. In der Botschaft hiess es, ohne Sanierung könnten

«die Funktionstüchtigkeit und somit die Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel ab 2025 nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden». Plötzlich sei alles anders, so Rytz. In der Tat steht im neusten Bericht des Astra, der vor ein paar Wochen publik wurde, der Tunnel könne bis 2035 im Rahmen des normalen Unterhalts sicher betrieben werden.

Dieser Punkt stösst auch dem bürgerlichen Gegnerkomitee sauer auf: «Wenn dieser Astra-Bericht schon bei den Beratungen im Parlament vorgelegen wäre, wäre die Diskussion in eine andere Richtung geführt worden», erklärt Co-Präsident Konrad Graber und fügt bei: «So wie man eine Maschine nicht aus-

ser Dienst nimmt, wenn sie noch mit gutem Unterhalt 20 Jahre funktioniert, hätten Bundesrat und Parlament möglicherweise auch bezüglich Gotthardtunnel anders entschieden.»

Derweil weist Rytz auf eine Passage im neusten Bericht hin, wonach bis Ende 2016 weitere Untersuchungen und Abklärungen vorgenommen würden, und konstatiert ernüchtert: «Gut möglich, dass nach der Abstimmung wieder alles anders ist. Es wäre nicht die erste Piouette in diesem Geschäft.»

• **Als zweiten «Bschiss»** prangert Rytz die wechselnden Aussagen zur Verladelösung an. In der Botschaft ans Parlament stehe, dass eine Kurzvariante der

Rollen Landstrasse (Rola) nicht nur technisch machbar sei, sondern auch «leistungsfähig und attraktiv» ausgestaltet werden könnte. In der Fragestunde des Nationalrats habe die Verkehrsministerin

auch hierbei eine Kehrtwende vollzogen. Sie erklärte, mit einer Kurz-Rola könnten «jährlich rund 600 000 Lastwagen transportiert werden» – der Rest müsse auf andere Routen ausweichen. Das widerspricht laut Rytz Bundesberichten von 2012, die zeigten, dass die Kapazitäten sehr wohl reichten.

• **«Bschiss Nummer drei»** sind für Rytz die Angaben zur Grösse der für die zweite Röhre nötigen Baustellenflächen. Sie

verweist auf die Antwort auf eine Interpellation aus dem Parlament, in welcher der Bundesrat 2014 angab, in Göschenen sei mit etwa 20 000 Quadratmetern Aussenfläche und etwa 10 000 Quadratmetern im Vortunnel zu rechnen, in Airolo mit einem Flächenbedarf von etwa 29 000 Quadratmetern. Neuerdings heisst es, die Baustelle im Kanton Uri benötige 150 000 Quadratmeter. Im Tessin seien es gar 220 000 Quadratmeter für Baustellen, Deponien und Installationen.

«An der Nase herumgeführt»

«Das Parlament wurde an der Nase herumgeführt, und jetzt wird der Bevölkerung das Blaue vom Himmel versprochen», lautet Rytz' Fazit. Noch nie hätten die Behörden das Volk vor einer Abstimmung dermassen widersprüchlich informiert. «Kein Wunder, sind die Befürworter und die Bundesrätin so nervös», so die Grünen-Präsidentin weiter: «Sie wissen, dass sie sich mit ihren Argumenten auf dünnem Eis bewegen und das Astra immer wieder mit neuen Fakten aufmarschiert, womit es die Vorlage selber demontiert.»

Rytz erinnert an die falschen Versprechungen vor der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II, als der Bundesrat die zu erwartenden Steuerausfälle um Millionen oder gar Milliarden von Franken zu tief beziffert hatte. Und folgert daraus: «Eigentlich müsste man die Abstimmung über die zweite Gotthardröhre abblasen.» Nur sei das leider formell nicht mehr möglich.

EVA NOVAK
eva.novak@luzernerzeitung.ch